Fremdsprachenunterricht

Was haben wir noch gemeinsam?

Mit dem Frühfranzösisch falle auch der nationale Zusammenhalt, sagen dessen Befürworter. Drei Kenner der Geschichte sagen, wieso zwei simple Lektionen Sprachunterricht eine solche Bedeutung haben.

Anja Burri
Bern

Nach dem Entscheid des Thurgauer Parlaments, das Frühfranzösisch aus der Primarschule zu streichen, steht der nächste symbolisch wichtige Entscheid an. In Nidwalden wird sich die Regierung voraussichtlich in den nächsten zwei Wochen zur dort hängigen Fremdspracheninitiative äussern. Die politische Diskussion ist emotional. Der nationale Zusammenhalt stehe auf dem Spiel, sagen Bundesrat Alain Berset und Christoph Eymann, Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren. Und der Waadtländer SP-Nationalrat Roger Nordmann spricht in «24heures» von einer «Bestrebung, eine deutschsprachige Monokultur zu schaffen».

Der eindeutige wissenschaftliche Beweis, dass Frühstarter die Sprache später besser beherrschen, fehlt. Wie also ist es möglich, dass dieser Französischunterricht, der während zweier Jahre aus wöchentlich zwei oder drei vorwiegend spielerisch gestalteten Lektionen besteht, den nationalen Zusammenhalt bedroht? Das Frühfranzösisch wurde erst ab den 1970er-Jahren eingeführt – der Thurgau gehörte damals übrigens zu den Pionierkantonen.

Vom Englisch verdrängt

Dennoch habe das Französisch in den vergangenen 30 Jahren an Bedeutung verloren, sagen Fachleute. «In der Deutschschweiz hat die Weltsprache Englisch das Französisch abgelöst», sagt Thomas Maissen, Historiker und Direktor des Deutschen Historischen Instituts Paris. Gleichzeitig sei der Austausch zwischen den Sprachregionen in der Schweiz schwächer geworden. «Zum Beispiel wurde das berühmte Welschlandjahr früher viel stärker gepflegt», sagt der Basler Kulturwissenschaftler Walter Leimgruber.

Früher hätten sich der Durchschnittsbevölkerung viele Gelegenheiten geboten, den anderen Landessprachen zu begegnen, sagt Maissen. Er erinnert auch an die Armee. Viele Deutschschweizer seien von ihrem Arbeitgeber zwei Jahre nach Lausanne oder Genf geschickt worden. «Heute gehen viele nur kurz oder nicht mehr ins Militär, das Auslandjahr verbringen sie in den USA, und vom Arbeitgeber werden sie nach China beordert.» Die Dominanz der englischen Sprache ist aus Maissens Sicht ein weltweites Phänomen. Für den Fremdsprachenunterricht in einsprachigen Ländern sei dies kein Problem: Die Schulen hätten einfach auf Englisch umgestellt.

Am Sprachgraben: SBB-Bahnhof in Murten (FR) Foto: Peter Schneider (Keystone)

Symbolisches Abwenden

In der Schweiz hingegen bedrohe das Englisch die Sprachminderheiten. Gehöre man zur sprachlichen Mehrheit in einem Land, sei es nicht weiter schlimm, wenn man von einem kleineren Teil der Bevölkerung nicht mehr verstanden werde. Aus der Sicht der Westschweizer, Tessiner oder Rätoromanen sei das ganz anders. Jene Kantone, die nun das Französisch aus der Primarschule strichen, wendeten sich damit symbolisch von den anderen Landesteilen ab, sagt Thomas Maissen. Es sei eine Tatsache, dass viele Leute nur eine Fremdsprache lernen könnten, zudem brauche man für das schwierige Französisch länger als für Englisch. «Die Romands müssen sich fragen: Was habe ich mit diesen Mundart und Englisch sprechenden Deutschschweizern, die auch politisch häufig anders ticken, noch gemeinsam?» Diese Entwicklung sei fatal: In einer Demokratie müsse man einander sprachlich verstehen, um gemeinsam Lösungen finden zu können. Auch die Verwaltung und viele Wirtschaftsbranchen seien auf Zweisprachigkeit angewiesen. Sie sei ein Aufwand, aber auch ein Gewinn – wenn die Deutschschweizer darauf verzichten wollten, müssten sie sich konsequenterweise Österreich anschliessen.

Auch Peter Keller, SVP-Nationalrat, Historiker und Journalist, beobachtet die zunehmende Dominanz des Englischen. Er bedauert zwar die Marginalisierung des Französischen in der Deutschschweiz. Allerdings sei die Sprache nicht das wichtigste Kriterium, um die Schweiz zusammenzuhalten: «Es gibt so viele verschiedene Minderheiten in der Schweiz, die Sprachen sind nur eine Bruchlinie.» Ein jurassischer Bergbauer habe bestimmt mehr mit einem Appenzeller Bauern gemeinsam als mit einem Stadtgenfer – selbst wenn sich der Jurassier und der Appenzeller nur mit Händen und Füssen unterhalten könnten. Wenn man schon den nationalen Zusammenhalt an die Sprachenfrage knüpfe, müssten alle Einwohner mindestens drei Landessprachen beherrschen, findet Keller. «Die Westschweizer vergessen gern, dass es mit den Tessinern und den Rätoromanen noch weitere Sprachminderheiten gibt.»

> In einer Demokratie muss man einander verstehen.

Für den nationalen Zusammenhalt sei nicht der Fremdsprachenunterricht, sondern das Hochhalten der föderalistischen Struktur der Schweiz das Wichtigste. Darum dürfe die Sprachenfrage auch nicht von oben gegen die Kantone verordnet werden.

Neue Ideen sind gefragt

Dass es in der Schweiz neue Ideen braucht, um die Landesteile wieder näher zusammenzubringen, ist für Keller, Maissen und Leimgruber klar. Kulturwissenschaftler Leimgruber schlägt eine Neuauflage des Welschlandjahrs vor. Er möchte alle Gymnasiasten und Lehrlinge, die eine Berufsmatur machen, zu einem Austauschjahr in einem anderen Landesteil verpflichten. Finanzieren könnte der Bund das Austauschprojekt mit dem Geld, das er bisher für die Landesausstellungen ausgebe. SVP-Politiker Keller würde lieber die Lehrer zu einem Austausch verpflichten. Es sei schon logistisch effizienter, nur eine Person zu verschieben. «Die Lehrer könnten neue Erfahrungen machen und die Schüler würden davon profitieren, von Muttersprachlern in einer anderen Landessprache unterrichtet zu werden.»

Wirtschaftlich mache es in der Deutschschweiz wohl Sinn, dass die Kinder als erste Fremdsprache Englisch lernten, sagt Maissen. Doch aus staatspolitischen Gründen müsse der Bund dafür sorgen, dass alle Schüler als erste Fremdsprache eine andere Landessprache lernten. Föderalistisch motivierte Bedenken, dass der Bund den Kantonen nicht reinreden dürfe, hat Maissen nicht: «Der Bund hat alle seine Kompetenzen – etwa beim Verkehr, den Steuern oder der Rechtsetzung – irgendwann von den Kantonen erhalten.» Nur so habe er auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren können. Die Volksschule sei nun eine der letzten föderalistischen Bastionen und werde deshalb so heftig verteidigt. «Der Föderalismus beruht aber nicht zuletzt auf der Sprachenvielfalt der Schweiz», sagt Maissen. Um diesen enormen Reichtum zu schützen, müsse der Bund eingreifen.

«Der Entscheid des Thurgauer Parlaments ist für uns eine Demütigung»

Der Westschweizer Journalist José Ribeaud erklärt die Sicht der Romands: Die Aversion der Deutschschweizer gegen das Hochdeutsch sei eines der grössten Probleme.

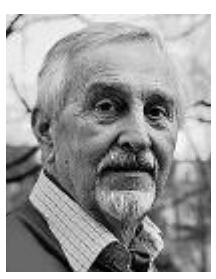
Mit José Ribeaud sprach Anja Burri

Warum reagieren die Westschweizer so empfindlich auf die Frühfranzösisch-Debatte in der Deutschschweiz?
Die Romands sind nicht mehr und nicht weniger empfindlich auf Französisch als die Deutschschweizer mit ihren Mundarten. Der Entscheid des Thurgauer Parlaments ist für uns eine neue Demütigung.

Die Westschweizer kriegen offenbar nicht die ganze Debatte mit: Viele Deutschschweizer sind aus praktischen, ja pädagogischen Gründen gegen das Frühfranzösisch.
Die Deutschschweizer sollten wie die Romands und die Tessiner mit einer Landessprache in der Primarschule anfangen. Das verlangen die Staatsräson und die Verantwortung der Sprachmehrheit. Man sollte auch mit der schwereren Sprache zuerst anfangen. Englisch werden unsere Kinder sowieso lernen.

Das Problem ist eben: Hochdeutsch ist für viele Deutschschweizer eine zusätzliche Fremdsprache, die sie erst lernen müssen. Sie drücken sich lieber in Mundart aus.
Solange die Deutschschweizer ihre Aversion gegenüber Hochdeutsch nicht überwinden, werden wir keine befriedigende Lösung finden. Deshalb sollten sie ihren Kindern vom Kindergarten an Hochdeutsch beibringen, anstatt es zu verbieten! Man würde uns nicht mehr sagen können: In der Primarschule lernen wir Deutsch und Englisch, keine Zeit für Franz. Das ist respektlos.

Wieso?
Für die Romands ist es frustrierend: Sie lernen in der Schule Deutsch. Und dann erfahren Sie, dass Ihre Landsleute nur Schwizertüütsch oder Englisch sprechen. Da haben wir keine Chance, wenn einer Berndeutsch, einer Walliserdeutsch und einer Züritüütsch spricht. Das ist schlicht diskriminierend. Das ist auch der Grund, warum die Sprachaufenthalte für Lehrer und Schüler in der Deutschschweiz nicht nützlich sind. Um Deutsch zu lernen, müssen die Romands nach Deutschland. Das ist schade.



José Ribeaud
Der Journalist und Buchautor ist 1935 in Pruntrut geboren. Er war Chefredaktor des «Téléjournals» von RTS und der Zeitung «La Liberté» in Freiburg. Heute wohnt er in Berlin.

Glauben Sie ernsthaft, man könne eine Sprachgruppe zu einer anderen Sprache zwingen?
Ich bin gegen Zwang. Eine Volksabstimmung über den Fremdsprachenunterricht würde das gute Zusammenleben gefährden und den Sprachgraben noch vertiefen. Man kann aber die Schüler motivieren, eine Landessprache zu lernen. Schon 1988 hat Christoph Blocher, damals Nationalrat, in einer Motion festgestellt, dass «der rücksichtslose Gebrauch der Mundart den Sprachfrieden in der Schweiz gefährdet». Diese Feststellung ist heute noch richtiger als damals. Aber seine Partei kämpft jetzt gegen Deutsch in den Kindergärten und Franz in der Primarschule.

Überschätzen Sie nicht die Deutschkenntnisse der Romands?
Meine Erfahrung zeigt: In Genf auf der Strasse kommen Sie mit Deutsch nicht sehr weit.
Die Kinder in der Romandie lernen immer früher und besser Deutsch. Englisch kommt später dazu. Wir wünschen uns, dass die Kinder der Deutschschweiz auch zuerst eine Landessprache, Französisch oder Italienisch, lernen. Anfangen in der Sekundarstufe ist zu spät. Mit drei der wichtigsten europäischen Sprachen verfügt die Schweiz über einen unglaublichen wirtschaftlichen und politischen Standortvorteil.

Das ist eine Illusion. Vielen Kindern macht schon eine Fremdsprache Mühe. Zudem wollen die Kantone nicht mehr Geld ausgeben.
Geld ist nirgendwo besser investiert als in die Bildung. Wenn die Deutschschweizer ihre Zurückhaltung gegenüber Deutsch überwinden, wird es leichter für ihre Kinder, zwei Fremdsprachen zu lernen. Wie in der lateinischen Schweiz.